

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raden & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, L.-G., Dresden.
Gebr. Kumbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der täglichen Unter-
stützung: 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, vierteljährlich 3 Mark.
Telegraphisch: Adressat: Dresdner Volkszeitung

Schiffvermittlung: Wettinerplatz 18, Fernsprecher Nr. 25281. Sprech-
stunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Werkstätten: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 25281 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelverkaufspreis: Grundpreis; die 30 mm breite Standardgröße
40 Pf., die 30 mm breite Hochformatgröße 200 Pf., für ausserordentliche
Anzeigen 40 Pf. und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Miet-
anzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Briefübertragung 10 Pf.

Nr. 53

Dresden, Freitag den 2. März 1928

39. Jahrg.

Regierung verschleiern Whöbus-Standal

Die Bürgerblockminister bereiten die Berichterstattung

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat am Donnerstag mit 12 gegen 9 Stimmen vom Reichs-
kabinett die Veröffentlichung des Berichts über
die Whöbus-Affäre gefordert. Was macht die Reichs-
regierung? Sie hat noch am gleichen Tage in Abwesenheit
des Reichskanzlers Marx unter Führung des deutsch-
nationalen Vizekanzlers Gerdt beschlossen, diese Forde-
rung des Parlaments abzulehnen und den Bericht nach
wie vor im trauten Kämmerlein aufzubehalten. Aber dadurch
ist die Angelegenheit nicht erledigt. Der Beschluss der
Reichsregierung zeigt, dass der Skandal noch
schlimmer ist, als sich in den letzten Tagen
herausgestellt hat. Wahrscheinlich sind nicht nur 25,
sondern sogar 30 Millionen oder noch mehr auf Kosten der
Steuerzahler von diesem Bürgerblock in der unverantwortlichen
Weise verpulvert worden. Und so wird die Ge-
heimniskammer der Reichsregierung verständlich.

Die Folge wird sein, dass die Opposition jetzt mit
Nachdruck auf der Bekanntgabe des Berichts über die
Whöbus-Affäre besteht. Sie wird erst ruhen, wenn die
deutschen Steuerzahler endlich wissen, wie der Bürger-
block die Finanzen des Reiches verwirtschaftet!

Auch der Reichsrat hat sich am Donnerstag mit
dem Whöbus-Standal befasst. In dem Generalbericht, den der
wichtigste Ministerialdirektor Dr. Vrecht darüber erstattete,
heißt es:

Zur Abwicklung der Whöbus-A.-G. hat das Reich
7 Millionen angefordert, trotzdem die bekannten Garantie-
maßnahmen nur 6,5 Millionen betragen. Das Reich hat
zur Vermeidung des Konkurses Ende vorigen Jahres noch
1,5 Millionen hineingesteckt. Die Abwicklung hat nicht
alle wünschenswerten Ergebnisse gebracht. Der Schaden
beträgt, wenn man die Kosten der Abwicklung einrechnet,
etwa 10 Millionen. In der Abwicklung sind die Kosten
für die Abwicklung der Whöbus-A.-G. an dem Schaden teilzunehmen und
nicht durch das Reich voll befriedigt werden.

Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung, noch jetzt zu
prüfen, ob sich nicht durch eine andere Form der Ab-
wicklung der Whöbus-Affäre ein günstigeres Er-
gebnis für das Reich erzielen lässt, indem auch die anderen
Mitglieder der Whöbus-A.-G. an dem Schaden teilzunehmen und
nicht durch das Reich voll befriedigt werden.

Im übrigen empfehlen die Ausschüsse, die etatsrechtliche
Seite der Whöbus-Affäre betreffen, folgende Resolution
aufzusetzen: Der Reichsrat bedauert, dass es zu den
Reichsministerien mit der Whöbus-A.-G. hat kommen können. Er
nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, dass der Reichswehr-
minister in seiner Erklärung vor dem Haushaltsausschuss
des Reichstags die Garantie dafür übernommen hat, dass
derartige Fälle von illegaler Selbständigkeit nicht mehr
vorkommen werden. Abgesehen von den nötigen zu-
sätzlichen strengeren Kontrollmaßnahmen zur
Vermeidung von Gesetzesverstößen, ersucht der Reichsrat die
Reichsregierung, dafür zu sorgen, dass Fragen der inhalt-
lichen Einwirkung auf deutsche Filme, einschließlich der
Behandlung von Auftragsfilmen zu Aufklärungsarbeiten,
nicht von jedem Ministerium selbstständig für sein Sachgebiet,
sondern vom Reichsministerium des Innern in technischer,
wissenschaftlicher und innerpolitischer Hinsicht einheitlich
für alle Ministerien bearbeitet werden.

Zur Klärung der sozialdemokratischen Reichs-
kassation nahm im Haushaltsausschuss des
Reichstags der Abg. Heinig zu der Whöbus-Affäre das
Wort. Er glaubte — so führte Heinig aus — aus ver-
schiedenen ihm bekannten Tatsachen den Schluss ziehen zu
können, dass die Vorgeschichte des Kapitän's Lohn-
mann und trotzdem nicht das geringste getan haben, um
Kapitän an seinem Vorgehen zu hindern. Er möchte nur
auf die eine Tatsache erinnern, dass die erste Bürgerblock-
Whöbus-Sache mit voller Genehmigung des
Reichsministeriums gegeben worden sei. Vor allem müsste
aber auch die wichtige Frage geklärt werden, welche Funktion
der ganzen Gründungen des Kapitän's Lohnmann erfüllen
sollten. Wenn einer Stelle wie z. B. der Transportabteilung
des Reichsministeriums große Summen aus den ver-
schiedensten Quellen zur Verfügung ständen, bestünde immer
die Gefahr von Unregelmäßigkeiten, ja von Korruption.
Zug in die Hände des Kapitän's Lohnmann Gelder aus den
verschiedensten Quellen geflossen seien, werde nicht bestritten
werden können. Noch allem, was er gehört habe, sei in den

Lohnmannschen Gründungen mit unerhörter Verschwendung
gewirtschaftet worden. Betrachte man den ganzen Komplex
der zur Erörterung stehenden Fragen, so gehe daraus hervor,
dass die Reichswehr politischen Selbstwillen habe und
eigene politische Zwecke verfolgen wolle.

Ein Staat im Staate

1. Von Tag zu Tag dringt in die Whöbus-Affäre
mehr und mehr Licht. Tropfen bernähen sich mehrgewende
amliche Stellen immer noch eine endgültige Klärung
hinauszuschieben. Auch der Reichswehrminister hat
sich bisher dazu hergegeben und gezeigt, dass ihm vorerst der
klare Wille für seine Aufgaben noch abgeht. So bereitwillig
wie er dürfte seit der Kriegszeit in Deutschland kaum jemals
ein Minister von seinem Ministerium eingewickelt wor-
den sein.

Es handelt sich ja gar nicht darum, dass der Kapitän
Lohnmann mit Reichsgeldern unsinnig spekuliert habe. In
Wirklichkeit ist Lohnmann der Leiter einer der bedeuten-
dendsten Abteilungen des Reichsministeriums.

der Seetransportabteilung.

gemein. Dieser Seetransportabteilung sind mit Kenntnis der
Vorgesetzten Stellen und im Einvernehmen mit dem Chef der
Marineleitung und auch des Reichswehrministers Gehälter neben
den offiziellen Aufgaben, die im Reichshaushalt sich wider-
spiegeln, noch eine ganze Reihe sonstiger Auf-
gaben zugewiesen worden. Alle jene Aktiengesell-
schaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die in
Ausführung dieser Aufträge gegründet wurden, waren nur
Mittel, allerdings von schlechterer Qualität.

Die Seetransportabteilung hatte Geld in Höhe
von 10 Millionen. Sie verband es, aus dem Material riesige
Millionenbeträge sich vorzubehalten zu führen. Was man beim
Kriegsgegenstandstransport von den Staats-
anfangen parte, stößt der Seetransportabteilung zu, was man
aus dem Verkauf von Kriegsgewehre (Waffen) erzielte
— und wahrscheinlich noch manches andere, was die Öffentlich-
keit möglicherweise noch erfahren wird —, alles wurde für

seine besonderen Aufgaben zur Verfügung gestellt. Da es bei
der Herstellung der eben erwähnten „Aktienmängel“ nicht an
das Geld ankam, wurde „großzügig“ gewirtschaftet, außerdem
fanden sich zahlreiche Interessenten mit Geschmack an mühel-
losem Verdienst ein. Allein in die Whöbus-Gesellschaft
floss die Seetransportabteilung 25 Millionen bares
Geld, dazu wurden noch sonstige Bürgerblöcke gewährt, die
jezt dazu gezwungen haben, im Nachtragsetat weitere
8 Millionen Mark anzufordern. Aber an der

illegalen Geldquelle des Reichsministeriums

scherte nicht nur Whöbus. Da geht auch die Trave-
münder-Nachhafen-A.-G., da waren „Danfa“ und
Berliner Bankverein, „Casper-Fluggesellschaft“ und die
Bacon-Compagnie, „Raris“, „Sebera“ und wie diese
mehrwertigen Institutionen sonst noch alle heißen, da mußten
Lieferungen bezahlt werden, die das Geld der realen
Preises ausmachten und Offiziere, Beamte und Angestellte in
allerlei Funktionen verlangten antändige Gehälter. So ist
der Konzern jener Gesellschaften, die von der Seetransport-
abteilung des Reichsministeriums ernährt wurden, jetzt nicht
bestehen zusammengebrochen, weil er seine Funktionen nicht
erfüllte, sondern deswegen, weil die Bedeckung mehr
kostete, als sich außerhalb des Etats des Reichs-
wehrministeriums aufbringen ließ. Das Reichs-
ministerium war in einem Staat im Staate geworden
dem die Mittel fehlten, es gab einen richtiggehenden Kon-
zernkrach, eine Liquidationspleite.

Die Gesamtverluste der Seetransportabteilung, soweit
sie außerhalb des Etats bis heute sichtbar geworden sind, be-
tragen schätzungsweise 25 bis 30 Millionen Mark, von denen
rund 20 Millionen Mark nicht mehr eingu-
bringen sind. Das ist aber keine endgültige Bilanz!

Die Tatsachen zeigen, wie recht die Sozialdemokratie
hatte, als sie beim Eintritt Groenert erklärte, daß sie ihn nach
seinen Taten beurteilen würde. Heute muß man hin-
zutreten, er ist im Volke auch danach zu beurteilen, was er bis-
her nicht hat tun wollen, nämlich in aller Gründlichkeit für
eine wirkliche Reinigung des Reichsministeriums von dem Geist
eingutreten, der nicht verfehlt, daß die Reichswehr und die
Marine dienende Organe der Regierung sind und kein
Recht auf politische Eigenheiten haben.

Wahlen in Polen

Die Sozialisten marschieren gemeinsam

Th. L., Warschau, Ende Februar.

Das Wahljahr 1928 wird durch die polnischen
Parlamentswahlen eingeleitet, die am Sonntag
den 4. und am 11. März für beide Kammern, Sejm und
Senat, stattfinden. Sie geben dem polnischen Volk Ge-
legenheit, Bilanz unter das bald zweijährige Regime
Bilsudkis zu ziehen und auf die weitere Gestaltung der poli-
tischen Verhältnisse in Polen unmittelbar einzuwirken, nach-
dem das im Jahre 1922 gewählte Parlament der durch den
Umsturz geschaffenen Lage und gegenüber der gewalttätig zur
Macht gelangten Regierung nicht gewachsen war. Diese Un-
fähigkeit des Parlaments, deren Ursache auch in der Unstetig-
keit seiner Rechts- und Linksträfte lag, kam dem neuen
Machtüber nur allzu gelegen, hinter der er seine dikta-
torischen Willkür verbergen konnte. Unter Hinweis auf die
Impotenz der beiden Kammern konnte Bilsudki die
Exekutive und die Legislative in seiner Hand vereinen und
das Parlament völlig kassieren. Er regierte,
ohne sich vor irgendeiner Körperschaft verantwortlich zu
fühlen und erst der Ablauf der verfassungsmäßigen Zeit des
Parlamentes im November vorigen Jahres zwang ihn, der
auf die Innehaltung der äußeren Verfassungsvorschriften
genau achtete, während er deren Sinn tagtäglich vergewaltig-
te, zur Ausübung von Neuwahlen. Ihrem Ergebnis
bleibt es vorbehalten, das tatsächliche politische
Kräfteverhältnis und die Kräfteverhält-
nisse, die im Laufe der letzten Jahre in Polen erfolgt
sind, aufzuzeigen, als deren Ausdruck der Maiumsturz
der lediglich eine individuelle Tat und keine Massenbewegung
darstellte, keineswegs angesehen werden kann. Zimmerhün
entwarf der Umsturz in einer Beziehung der allgemeinen
Vollstimmigkeit: er gab den Rechtsparteien den letzten Stoß,
die damit ihre frühere Vormachtstellung völlig eingebüßt
haben. Sie sind auch während der letzten zwei Jahre auf
parlamentarischem Gebiet wie im öffentlichen Leben konse-
quent an die Wand gedrückt worden und die bodem mit
100 von 444 Abgeordneten stärkste Sejmipartei der chaw-
nistischen Nationaldemokraten dürfte in das neue Parlament
kaum 50 Mandate herüberreichen.

Die Stelle der verdrängten Rechtsparteien soll nun
nach Bilsudkis Absicht der mit Mühe und Not zu-
sammengedrückte Regierungsbündel einnehmen,

der sich aus den verschiedenen politischen, sozialen, wirtschaft-
lichen und religiösen Anschauungen zusammensetzt, in dem
aber das reaktionär-kapitalistische Element
bei weitem überwiegt. Dieser Block hat sich aber — aller-
dings in geringerer Umfang — bei den in vergangenen Jahr
als Generalprobe für die Parlamentswahlen vorgenommenen
Bürgerblockwahlen alles andere als bewährt, und obwohl ihm
jezt, als Regierungspartei, selbstverständlich ganz andere
Mittel zur Verfügung stehen, als den anderen Parteien,
dürfte er kaum mehr als 30 bis 40 Mandate erlangen. Um
diese verhältnismäßig geringen Ausichten zu verbessern,
schreitet der Wahlblock der Regierung selbst vor Terror-
aktion nicht zurück und bedient sich hierbei des gesamten
staatlichen Verwaltungsapparats. Tagtäglich werden aus
allen Landesstellen Fälle von geradezu unerhörten Maß-
nahmen der Beamenschaft gegenüber den Vertretern oppo-
sitioneller Parteien gemeldet. Verhaftungen von
Kandidaten der einzelnen Wahllisten stehen besonders
in den Ostgebieten, wo die Regierungspartei infolge der vor-
wiegend nichtpolnischen Bevölkerung nur geringe Chancen
hat, an der Tagesordnung, und haben u. a. auch dazu geführt,
daß einzelne Parteien im Wahlkampf völlig führerlos
dastehen, da ihre Führer sämtlich ins Gefängnis gesteckt
worden sind.

Trotz allen offenen und geheimen Terrormaßnahmen
werden die sozialistischen Parteien aus den bevor-
stehenden Wahlen stärker hervorgehen als zuvor. Die dikta-
torische und arbeiterfeindliche Regierungsmehrheit Bilsudkis,
dessen Kampf gegen die Rechtsparteien ihn nicht hinderte,
sich in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik von den
kapitalistischen, großgrundbesitzenden und großindustriellen Ver-
bänden leiten zu lassen, wird bei den Wahlen ihre Frucht
tragen. Die polnische sozialistische Partei, die im alten Parlament 41 Abgeordnete (von 441) und neun
Senatoren (von 111) besaß, wird im neuen Parlament
sicherlich einen Zuwachs von 25 bis 30 Mandaten aufzuweisen
haben, deren Zahl noch durch die Vertreter der Deutschen
sozialistischen Arbeiterpartei Polens, die mit
den polnischen Sozialisten ein Wahlbündnis eingegangen ist
und eine gemeinsame Wahlliste aufgestellt hat, vergrößert
werden wird. Die deutschen Sozialisten sind 1922 mit dem
Minderheitsblock zusammengegangen, der damals künstliche
Minderheitsparteien ohne Rücksicht auf deren soziale Ein-